

Gerstein, ein Muster grenzenloser Selbstverleugnung, blieb bis zum bitteren Ende in den Reihen der SS. Erst kurz vor Kriegsende stellte er sich den Alliierten. Die Franzosen internierten ihn im schwäbischen Rottweil. Er verlangte, in einem Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher als Kronzeuge gehört zu werden. Die Franzosen blieben misstrauisch. Sie glaubten dem SS-Mann nicht, verdächtigten ihn, selbst ein »Henker der Nazi-Lager« zu sein. Nach wochenlangen Verhören wurde er in das berühmte Militärgefängnis Cherche-Midi in Paris gebracht. Die Akten über seinen Tod sind bis heute verschwunden.

Der französische Historiker Florent Brayard hat in unseren Tagen herausgefunden, dass Gersteins Abkommandie-

rung nach Belzec und Treblinka nur eine Episode war und dass er später in seiner Dienststelle nicht mehr unmittelbar an den Blausäure-Zuteilungen für die Gaskammern beteiligt war. Auch konnte Brayard nachweisen, dass eine kürzere Fassung des Gerstein-Berichts bereits 1943 über niederländische Widerstandskreise nach London gelangt war. Brayards Resümee: »Es erscheint mir absolut klar, dass Gerstein wahrscheinlich einer der bedeutendsten Widerstandskämpfer gegen das Nazi-Regime war und eine der Personen, die am stärksten ihr Leben eingesetzt haben, um die Vernichtung der Juden zu bezeugen.«

Erst 1965 wurde Gerstein rehabilitiert und seiner Witwe eine Rente zugebilligt.



Wolf Scheller

war bis 2009 Rundfunkredakteur in Köln und ist nun freier Autor. Seine Schwerpunkte sind jüngere Zeitgeschichte und Literatur.

wolfscheller@gmx.de

Ulrich Baron

Kann denn Sparen Sünde sein?

Neue Publikationen zum Streitthema »Austerität«

Austerität, also eine strenge Sparpolitik, die einen ausgeglichenen Staatshaushalt ohne Neuverschuldung anstrebt, ist derzeit heftig umstritten. Aber kann denn Sparen Sünde sein? Hat man die Deutschen nicht jahrzehntelang dazu erzogen – durch Sparzulagen, vermögensbildende Maßnahmen und Werbung für »das Huhn, das goldene Eier legt«, hinter dem sich Pfandbriefe und Kommunalobligationen verbargen? Hat man ihnen nicht Eigenverantwortlichkeit bei der Alterssicherung gepredigt, Riester-Renten, Lebensversicherungen und die Bildung von Rücklagen in Form von Aktien und Fonds aufgeschwatzt? Manches davon haben Finanzkrise, Börsencrashes und Nied-

rigzinspolitik zunichte gemacht, aber das hat die Sparmentalität kaum berührt und eine Flucht in Sachwerte wie Immobilien und Gold bewirkt.

In dieser Mentalität mischt sich Individualökonomie mit Moral: Sparen ist demnach Verzicht und zugleich Vorsorge. Was man spart, hat man zuvor selbst erarbeitet. Zinsen sind Belohnungen für Enthaltbarkeit. Von anderen, wie von Staat und Politik, darf man also doch wohl fordern, wofür auch man selbst sich nicht zu schade ist.

Folgt man hingegen den jüngsten Buchveröffentlichungen zum Thema »Austerität«, so ist Sparen sogar eine Todsünde staatlichen Wirtschaftens. Der schottische

Ökonomieprofessor Mark Blyth bezeichnet Austerität als »Dangerous Idea«. Die deutsche Ausgabe seines Buchs titelt gar *Wie Europa sich kaputtspart*, um die »gescheiterte Idee der Austeritätspolitik« zu brandmarken. Der Wirtschaftshistoriker Florian Schui nennt die »Politik der Sparsamkeit« einen »großen Fehler« und der Politikwissenschaftler Ingo Stützle sieht »Austerität als politisches Projekt« als eine paradoxe Mogelpackung: Das Leitbild des ausgeglichenen Staatshaushaltes stehe nicht im »Widerspruch zur permanenten Staatsverschuldung europäischer Staaten«. Beides seien vielmehr »die zwei Seiten derselben Medaille«.

Das steht nun im eklatanten Widerspruch zur Sparermentalität. Aber die enthält einen grundlegenden Denkfehler, weil sie nur eine Seite einer Medaille betrachtet. Auch das »ehrlich« durch Arbeit verdiente und im Sparstrumpf versenkte Geld muss irgendwoher gekommen sein, wo es nun nicht mehr ist, und Zinsen entstehen nicht durch pekuniäre Zellteilung. In einer entwickelten Geldwirtschaft gehört zum Sparer immer auch dessen Gegenstück – jemand der Geld ausgibt oder es sich gar – gegen Zinsen – leiht.

Neben der ausgeprägten Sparermentalität gibt es laut Schui eine weitere »Besonderheit der westdeutschen Identität«, die für Sparappelle empfänglich mache. Mit »zwei verlorenen Weltkriegen, mit umfangreichen Kriegsverbrechen und dem brutalsten Völkermord aller Zeiten« belastet, habe sich das Selbstvertrauen vieler Deutscher »eng mit spezifischen wirtschaftspolitischen Vorstellungen verbunden, die in der Aufbauphase traditionelle Formen nationaler Symbolik ersetzt« hätten. Wirtschaftswunder und Exportüberschüsse ersetzen Siegesparaden. »Made in Germany« wurde als Qualitätssiegel verstanden, und der Ausdruck »deutsche Wertarbeit« suggerierte, dass deren Produkte ihren Wert in sich trügen und nicht dem Wechselspiel von Angebot und Nachfrage unterlägen.

Zum »Exportweltmeister« gehören auch Staaten, die um die zweifelhafte Ehre der »Importweltmeister« konkurrieren. Jahrzehnte vor John Maynard Keynes hatte laut Schui der Schotte John Mackin Robertson in seinem Buch *Fallacy of Saving* (1892) beschrieben, was später als »Sparparadoxon« oder »Spardilemma« bekannt geworden ist. Wenn alle sparen wollen oder sollen, träte eine »Lähmung der Industrie« ein, weil die Nachfrage und damit auch die Bereitschaft zu Investitionen sinke.

Dass Deutschland sich trotz seiner Austeritätspolitik gegen das Spardilemma zu behaupten scheint, ist mit sinkendem Realinkommen und Exportüberschüssen bezahlt. Mark Blyth verweist darauf, dass der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Frühjahr 2014 mit 7,3 % deutlich gegen EU-Recht verstoßen habe, aber nicht als Modell dienen könne, denn es sei »unmöglich, dass alle Länder gleichzeitig einen Überschuss erzielen; jemand muss die Exporte kaufen«. Also müsse die EU ihr Leistungsbilanzdefizit quasi in den Rest der Welt auslagern, denn, so urteilt Blyth, dieses »Projekt dreht sich immer noch allein darum, den gesamten Euroraum über Lohnkürzungen in ein großes Deutschland zu verwandeln, das sich, zumindest in der Theorie, einen Dauerüberschuss gegenüber dem Rest der Welt erwirtschaften soll«.

Aber auch Deutschlands Erfolgsgeschichte geht mit einer zunehmenden Konzentration von Vermögen in den Händen einer kleinen Minderheit einher. Wenn Politiker heute vom »Sparen« sprechen, verbirgt sich dahinter nicht der Aufbau von Rücklagen, sondern eine Reduzierung der Neuverschuldung, Senkung der Zinslasten und im besten Fall ein Abbau von Schulden. Vor allem aber bedeutet staatliches Sparen auch Abbau von Leistungen. Blyth verweist dazu auf unterschiedliche Folgen der Austeritätspolitik: »Sie trifft nicht jeden gleich. Die am unteren Ende der Einkommens-

*Schattenseiten
eines »Erfolgs-
modells«*

verteilung verlieren mehr als die an der Spitze, ganz einfach weil jene an der Spitze viel weniger auf Dienstleistungen des öffentlichen Sektors angewiesen sind und auch generell den Vermögensverlust aufgrund der besseren Ausgangssituation einfacher verkraften können.«

Als Begründung für das neoliberale Ideal vom schlanken Staat, der sich nicht nur in die Wirtschaft, sondern auch in die Politik möglichst wenig einmischt, zitiert Schui dessen Ahnherrn Friedrich August von Hayek, der die Gefahren staatlicher Wirtschaftslenkung so beschrieb: »Wirtschaftliches Kommando ist nicht nur das Kommando über einen Sektor des menschlichen Lebens, der von den übrigen getrennt werden kann; es ist die Herrschaft über die Mittel für alle unsere Ziele. Wer die alleinige Verfügung über die Mittel hat, muss auch bestimmen, welchen Zielen sie dienen sollen, welche Werte höher und welche niedriger veranschlagt werden müssen, kurz, was die Menschen glauben und wonach sie streben sollen.«

Nun geht laut Grundgesetz alle Staatsgewalt vom Volke aus, und wenn dies nicht das Kommando haben soll, wer denn dann? Eine Antwort darauf hat Heiner Geißler in einem Interview dem SZ-Magazin vom 29. Mai 2015 gegeben, in dem er erklärte, dass – zumindest in der Kohl-Ära – die Deutsche Bank entschieden habe, wer Bundeskanzler sein solle.

Ingo Stützle sieht »Austerität als politisches Projekt« als einen Triumph des Finanzkapitals über die staatliche Souveränität: »Nachdem es dem Finanzkapital gelungen ist, seine Interessen bei der Bewältigung der Finanz- und Bankenkrise durchzusetzen, wurde die Krise als eine Krise der Staatsfinanzen definiert. Bereits mit der Art

und Weise, wie auf die fundamentale Krise des Kapitalismus staatlich und wirtschaftspolitisch reagiert wurde, waren die Pflöcke dafür eingeschlagen, die explodierende Staatver-

schuldung nicht als Folge krisenhafter Märkte zu thematisieren, sondern umgekehrt: Die Nervosität und Krisenhaftigkeit der Finanzmärkte wurde als Resultat unsolider Staatsfinanzen interpretiert.«

Stützle zieht daraus die bereits zitierte Schlussfolgerung, »dass Staatsverschuldung kein politisches Defizit darstellt, sondern gerade ein Kennzeichen eines finanzpolitischen Regimes der Austerität darstellt«. In seinem Resümee verfolgt er die »Idee, die Angst vor den Folgen der Verschuldung für die Politik zu nutzen« bis in die Reagan- und Thatcher-Ära zurück und wertet sie als Instrument, um das neoliberale Konzept eines »schlanken« Staates durchzusetzen. Dazu zitiert er auch den »Wirtschaftsweisen« Peter Bofinger, der 2008 unter dem Titel »Das Jahrzehnt der Entstaatlichung« in einem Beitrag schrieb: »Wenn man die Rolle des Staates beschneiden möchte, muss man ihm seine finanziellen Ressourcen entziehen. In einem ersten Schritt werden umfangreiche Steuerentlastungen vorgenommen.« Bei unveränderten Ausgaben ergäbe sich dadurch zwar eine steigende Neuverschuldung, doch die sei als psychologisches Druckmittel durchaus willkommen: »Wenn man gleichzeitig in der Bevölkerung eine hohe Angst vor der Staatsverschuldung schürt, wird alsbald ein hoher politischer Druck für die Ausgabenkürzungen geschaffen.«

Bei der Austeritätspolitik geht es demnach gar nicht ums Sparen, sondern um die Beschneidung der Rolle des Staates. Tatsächlich hat das 20. Jahrhundert einen enormen Anstieg der Staatsquoten mit sich gebracht. Man kann in Adam Tooze's Buch *Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916-1931* nachlesen, wie Erster Weltkrieg, Revolutionen und Weltwirtschaftskrise die Staaten Europas in Schuldnerstaaten verwandelten und die Staatsquoten nach oben trieben. Und quasi im Anschluss daran hätten, so liest man dann bei Schui, in den USA die Staatsausgaben 1930 lediglich 3,4 % des Bruttoinlandsprodukts betragen und

Beschneidung der Rolle des Staates

seien in Folge des Zweiten Weltkriegs bis 1945 auf 41,9 % angestiegen. Zwar habe das Kriegsende sie bis 1948 wieder auf 11,6 % absinken lassen, doch bis 1960 seien sie wieder auf 17,8 % und im folgenden Jahrzehnt auf 19,3 % angewachsen. Zwar hätten Staaten auch in die Infrastruktur investiert, ein »beträchtlicher Teil der wachsenden Staatsausgaben entfiel jedoch auf Formen des kollektiven Konsums, die Bomber und Atom-U-Boote ebenso umfassen wie das Gesundheits- und Grundschulwesen«. Zudem hätten Staaten »zunehmend Mittel für Arbeitslose, Rentner und andere Empfänger von Sozialleistungen« zur Verfügung gestellt.

Vor allem die letzteren drei bekommen die Folgen staatlicher Sparprogramme nicht nur in Griechenland unmittelbar und schmerzhaft zu spüren, denn Neoliberalismus muss man sich, wie schon Blyth zeigte, auch leisten können. Und überhaupt ist es nicht nur den Banken, sondern auch der Industrie und dem Dienstleistungssektor in den letzten Jahren gelungen, etwa durch Zeitarbeit, soziale Lasten und Risiken auf den Staat abzuwälzen, so dass Gewinne stark gestiegen, Löhne und Sozial-

abgaben hingegen relativ gesunken sind. Mit dem Einfluss und den Vermögen derer an der Spitze sinken durch die Politik der Sparsamkeit auch die Aussichten derer am unteren Ende der Einkommensverteilung auf eine adäquate Partizipation am Wachstum, so Blyth.

Wäre es da nicht sinnvoller, nicht nur im Falle Griechenland, statt auf Austeritätspolitik oder einen Schuldenschnitt auf einen sozialen Ausgleich zu setzen, auf einen Lastenausgleich, wie er in den frühen Jahren der Bundesrepublik angesichts von Millionen Ausgebombter und Vertriebenen als Abgabe auf Vermögen, vor allem auf Immobilienbesitz praktiziert wurde?

Mark Blyth: Wie Europa sich kaputtspart. J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2014, 352 S., 26,00 € – Florian Schui: Austerität. Politik der Sparsamkeit: Die kurze Geschichte eines großen Fehlers. Blessing, München 2014, 256 S., 19,99 € – Ingo Stützle: Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise. Westfälisches Dampfboot, Münster 2014, 399 S., 36,90 € – Adam Tooze: Sintflut: Die Neuordnung der Welt 1916-1931. Siedler, München 2015, 720 S., 34,99 €.



Ulrich Baron

ist Literaturwissenschaftler und arbeitet als Kritiker und freier Publizist in Hamburg.

ulrich.baron@t-online.de

Beate Tröger

Notizen zum Stand der deutschen Gegenwartsliteratur (II)

Der Artikel über die deutschsprachige Gegenwartsliteratur, der in der Ausgabe 9/2014 der NG/FH erschien, befasste sich vornehmlich mit Autoren und Autorinnen der Generation der 30- bis 40-Jährigen. Die Lyrikerinnen und Lyriker, die in den 50er und 60er Jahren geboren wurden,

fanden darin keine Erwähnung. Zwar wäre es vermessen zu behaupten, man könne in dieser den jungen Autoren und Autorinnen vorausgehenden Generation so etwas wie einen gemeinsamen Nenner ausmachen. Doch ist ein Blick auf einige von ihnen schon insofern angebracht, als im Oktober